

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

UJGHUREN IM CHINESISCH-KASACHSTANISCHEN GRENZGEBIET

■ ANALYSE

Ujghuren im chinesisch-kasachstanischen Grenzgebiet: Wirtschaftlicher Wandel und seine Auswirkungen Von Verena La Mela, Halle/Saale	2
---	---

■ CHRONIK

22. Juni 2019 – 19. Juli 2019	6
Kasachstan	6
Kirgistan	8
Tadschikistan	11
Turkmenistan	13
Usbekistan	14

Ujghuren im chinesisch-kasachstanischen Grenzgebiet: Wirtschaftlicher Wandel und seine Auswirkungen

Von Verena La Mela, Halle/Saale

Zusammenfassung

Die Ujghuren sind in den letzten Monaten durch Beijings Unterdrückung seiner muslimischen Bevölkerung in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Doch leben auch in Kasachstan (und Kirgistan) viele Angehörige dieser Ethnie. Im vorliegenden Beitrag werden Traditionen und Lebensweisen der nahe der chinesischen Grenze lebenden kasachstanischen Ujghuren wie auch ihre ökonomische Situation, ihre Anpassung an die Öffnung der Grenze zu China nach dem Zerfall der Sowjetunion, beschrieben.

In den vergangenen Monaten erschienen die Ujghuren in Nordwestchina immer wieder in der medialen Öffentlichkeit. Der Anlass war kein erfreulicher: Derzeit werden geschätzt 1 Mio. Ujghuren in Internierungslagern im Ujghurischen Autonomen Gebiet Xinjiang in der Volksrepublik China festgehalten. Das Leben der mehrheitlich muslimischen, turksprachigen Bevölkerungsgruppe in Xinjiang hat sich im Zuge der zunehmenden Überwachung und Militarisierung der Region von Seiten des Staates verschlechtert. Die Angriffe der chinesischen Regierung auf die religiöse und kulturelle Identität der Ujghuren in China haben zu einem Anwachsen der ujghurischen Diaspora weltweit geführt, so auch in Kasachstan. Ziel dieses Beitrags ist es zum einen, darzustellen, wer die kasachstanischen Ujghuren sind. Dafür sollen ihre wichtigsten Identitätsmerkmale und Traditionen aufgezeigt werden. Zum anderen soll ein Einblick in ihre aktuelle sozioökonomische Lage gegeben werden. Zentral für diesen Artikel ist die Frage, inwiefern die Öffnung der chinesisch-kasachstanischen Grenze und der dabei aufblühende, global orientierte wirtschaftliche Austausch eine Chance für lokale Ujghuren, insbesondere Frauen, darstellt. Dies geschieht am Beispiel der Grenzstadt Dscharkent nahe dem Handelsknotenpunkt Chorgos, deren Bewohner mehrheitlich Ujghuren sind. Das Augenmerk auf diesen Ort erfolgt aufgrund seiner wichtigen wirtschaftlichen Lage an der Schnittstelle des Warenverkehrs zwischen China und Kasachstan. In den vergangenen Jahren ist die Infrastruktur, die Chorgos umgibt, im Rahmen der chinesischen Belt and Road Initiative (BRI) massiv ausgebaut worden. Dies hat einen sozioökonomischen Wandel für die lokale Bevölkerung mit sich geführt.

Ujghuren in Kasachstan

Die Ethnie der Ujghuren hat insgesamt etwa 12–15 Mio. Angehörige, deren überwiegende Mehrheit, ca. 11 Mio., in dem nordwestchinesischen Autonomen Gebiet Xinjiang lebt. Außerhalb Chinas leben Ujghuren in den zentralasiatischen Staaten, sowie in Amerika, Kanada, Australien

und Europa. Kasachstan ist mit ca. 240.000 Staatsbürgern ujghurischer Nationalität (= 1,4 % der Gesamtbevölkerung) das Land, in dem die meisten Ujghuren außerhalb der Volksrepublik China leben. In den vergangenen Jahren gab es eine geringe, aber konstante Zuwanderung aus China aufgrund der Repressionen und Inhaftierungen von Ujghuren sowie anderer ethnischer Minderheiten muslimischen Glaubens in Xinjiang. Geflüchtete Ujghuren kommen oftmals ohne Ausweisdokumente, weshalb eine offizielle Registrierung in Kasachstan unter Umständen mehrere Jahre dauern kann. Das historische Siedlungsgebiet der Ujghuren umfasst die Oasenstädte Xinjiangs sowie das fruchtbare Land im äußersten Südosten Kasachstans. Die meisten Ujghuren leben dort in Kleinstädten und Dörfern in der Nähe des Ili-Flusses bzw. in Almaty. Im Gebiet Almaty gibt es einen Ujghurischen Bezirk mit dem Verwaltungssitz Schonschy.

Die Ujghuren gehören in Kasachstan zu den ethnischen Minderheiten, die in keinem anderen Staat die Titularnation darstellen. Dadurch können sich Nachteile ergeben, beispielsweise beim Zugang zu materiellen und immateriellen staatlichen Ressourcen. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Bildung, Wirtschaft und Arbeit. Nach Eigendarstellung zahlreicher Ujghuren sind sie, bis auf wenige Ausnahmen (die prominenteste ist der ehemalige Premierminister Karim Massimow, der ujghurische Vorfahren haben soll), de facto ausgeschlossen von politischen Ämtern und Regierungspositionen. Ähnliches soll für staatliche Arbeitsplätze gelten. Die gesellschaftliche Organisation der Kasachen orientiert sich stark an genealogischen Prinzipien, von denen Ujghuren standardmäßig ausgeschlossen sind, da sie nicht entsprechenden Abstammungslinien angehören. Dennoch ist einzuräumen, dass Ujghuren in Kasachstan viele Freiheiten genießen. Es gibt über 60 ujghurische Schulen und eine ujghurische Zeitung. Obwohl sich die Ujghuren in Kasachstan dieser Privilegien bewusst sind und diese wertschätzen, wünschen sich viele einen einfacheren Zugang zu höherer Bildung und staatlichen Ämtern. Diese jedoch sind jenen vorbehalten, die ent-

weder monetäre Ressourcen oder persönliche Beziehungen in entsprechende Institutionen haben. In den vergangenen Jahren äußerten sich viele Ujghuren besorgt darüber, dass ihre Rechte und Freiheiten in Kasachstan allmählich abnehmen. Dies führen sie auf die engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China zurück. Kasachstan profitiert von chinesischen Investitionen, insbesondere im Bereich der Infrastruktur. Ujghuren in Kasachstan bewegen sich deshalb in einem politisch-wirtschaftlichen Spannungsfeld, dessen zukünftige Entwicklung nicht absehbar ist.

Identitäten im Wandel

Die Ujghuren Kasachstans sind eine heterogene Gruppe, selbst ihre ethnische Zuschreibung ist nicht immer eindeutig. Dies betrifft insbesondere diejenigen in interethnischen Heiratsbeziehungen sowie deren Kinder. Interethnische Ehen kommen unter Ujghuren überwiegend mit Partnern anderer Turkvölker oder Muslimen vor. Auch intraethnisch gibt es Differenzierungen: »Lokale« Ujghuren (*yerliklär*) sind Ende des 19. Jahrhunderts in den Teil der Ili-Ebene migriert, der im heutigen Kasachstan liegt bzw. waren vorher dort bereits sesshaft. Zudem gibt es Ujghuren, die in einer großen Migrationswelle in den 1960er Jahren den Repressionen in China entflohen sind und als »Ankömmlinge« (*kelgänlär*) bezeichnet werden. Eine weitere Gruppe ist in den vergangenen beiden Jahrzehnten mit den zunehmenden Spannungen in Xinjiang nach Kasachstan geflüchtet und als die »aus China Gekommenen« (*kitailiq*) bekannt. Eine klare Trennlinie gibt es zwischen diesen Gruppen jedoch nicht. Heute bezeichnen sich auch die Ankömmlinge größtenteils als lokale Ujghuren. Eine weitere intraethnische Differenzierungskategorie ist die Herkunft aus unterschiedlichen Städten. Ujghuren aus Dscharkent betonen oftmals ihre Andersartigkeit gegenüber denen aus Schonschy, ohne diese zu konkretisieren. Neben diesen Unterscheidungen gibt es auch ein Identitätsmerkmal, das nahezu von allen Ujghuren geteilt wird: die ujghurische Küche. Ujghuren sind stolz auf ihre nationalen Gerichte, wie die aufwendig angefertigten Nudeln *Laghman* oder die saisonal erhältlichen, mit Klee gefüllten Teigtaschen. Selbst der Tee unterscheidet sich von anderen in Asien verbreiteten Tees. *Etken* Tee basiert auf Schwarztee, ist salzig und wird mit Rahm zum Frühstück wie eine Suppe getrunken. Die ujghurische Küche unterliegt großer Wertschätzung innerhalb Kasachstans und auch über die Landesgrenzen hinaus eröffnen immer mehr *Laghmankhanas*, sogenannte Nudelhäuser.

Ujghuren in Kasachstan betonen häufig die Unterschiede zu den »traditionelleren« Ujghuren in China. Kasachstanische Ujghuren sind sich ihrer Sowjetver-

gangenheit bewusst und haben oftmals das Gefühl, ihre Traditionen nicht in dem Maße bewahrt zu haben wie Ujghuren in China. Ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal ist die Verwendung unterschiedlicher Alphabete. Während Ujghuren in China eine Abwandlung des arabischen verwenden, lernen die in Kasachstan ihre Sprache mit kyrillischen Buchstaben zu schreiben. Für viele aus China kommende Ujghuren stellen bürokratische Hürden für die Anerkennung ihrer Zeugnisse in Kasachstan und die kyrillische Schrift große Herausforderungen dar. Der Großteil der Ujghuren in Kasachstan ist muslimisch. Mit der Öffnung der Grenze zu China und dem zunehmenden kulturellen, religiösen, ideellen und wirtschaftlichen Austausch mit den Ujghuren Chinas empfinden auch die in Kasachstan eine Zunahme der Religiosität. Sie beschreiben dies als eine strengere Einhaltung muslimischer Gebote, wie zum Beispiel dem Fasten während des Ramadan oder der Einhaltung muslimischer Gebetszeiten. Dennoch ist der Alltag nach wie vor stark geprägt von den zur Sowjetzeit propagierten atheistischen Verhaltensmustern, die auch den Konsum von Alkohol in der Öffentlichkeit einschließen. Eine ujghurische Hochzeit in Dscharkent ohne Wodka ist nahezu undenkbar.

Meschrep und Tschai – Säulen gesellschaftlicher Organisation

Meschrep ist die regelmäßige soziale Zusammenkunft ujghurischer Männer, bei der gesungen, getanzt und erzählt wird. Es wurde 2010 von der UNESCO in die Liste des immateriellen Weltkulturerbes aufgenommen. Im Vordergrund stehen Geselligkeit und das gemeinsame Musizieren, aber auch die moralische Erziehung junger Männer. Durch symbolische Bestrafung ihrer Fehler sollen sie lernen, Verantwortung für sich und ihr soziales Umfeld zu übernehmen. Ujghurische Frauen hingegen treffen sich regelmäßig zum gemeinsamen Essen. Diese institutionalisierten »Tee«-Treffen (lokal als *Tschai* bezeichnet) dienen dem geselligen Beisammensein, dem Austausch von Neuigkeiten und der Pflege persönlicher Netzwerke. Familiäre und persönliche Netzwerke dienen als wichtige soziale und finanzielle Absicherung. Gleichzeitig fungieren die populären, monatlich stattfindenden Tee-Treffen als rotierende Spar- und Kreditverbände. Bei jedem Treffen zahlen die teilnehmenden Frauen einen vorher abgesprochenen Geldbetrag in eine gemeinsame Kasse ein, den die jeweilige Tee-Gastgeberin ausgezahlt bekommt. Das so im Verband eingesammelte Geld wird in größere Anschaffungen für den Haushalt, Handelsware, die Ausbildung der Kinder oder finanzielle Beteiligungen an Feiern investiert. Mit gestiegenem Einkommen sind auch Hochzeiten, Begräbnisrituale und Beschneidungs-

feiern größer und teurer geworden. Das Ausrichten und die Teilnahme an rituellen Festen gehören zu den maßgeblichen sozialen Verpflichtungen innerhalb der ujghurischen Gesellschaft. Von den Anschaffungen des akkumulierten Geldbetrags und den im *Tschai* entstandenen Netzwerken profitieren auch der Haushalt und die Ehemänner der Frauen, die auf diese Netzwerke bei Bedarf zurückgreifen können. Eine patriarchale Organisation ist innerhalb der ujghurischen Gesellschaft trotz der sowjetischen Gleichstellungsmaßnahmen stark verankert. Der wirtschaftliche Umbruch, die Öffnung der Grenze und der damit einhergehende Handel haben jedoch den Frauen in Dscharkent nach dem Zerfall der Sowjetunion umgehend die wirtschaftliche Partizipation ermöglicht. Dies manifestiert sich im *Tschai*, der sich als »weibliche« Institution nach dem Zerfall der Sowjetunion herausgebildet hat und als Anzeichen einer allmählichen Lockerung patriarchaler Strukturen interpretiert werden kann.

Handel als einzige Chance

Die wichtigsten Einkommensquellen für Ujghuren in Kasachstan ergeben sich aus der Landwirtschaft, insbesondere dem Gemüseanbau und aus dem Handel, der überwiegend in den unmittelbar an China grenzenden Bezirken vorherrscht. Mit dem Zerfall der Sowjetunion verloren viele Ujghuren, die zu jener Zeit im Staatsdienst angestellt waren, ihre Arbeit. Schulen, Kindergärten und andere staatliche Institutionen wurden geschlossen oder aufgelöst, Alternativen zur Grundsicherung mussten gefunden werden. Das Chaos und der wirtschaftliche Zusammenbruch in den 1990er Jahren betrafen alle Bevölkerungsschichten. Die Öffnung der in der Sowjetzeit überwiegend geschlossenen Grenze mit China bot eine Chance für die in ihrer Nähe lebenden Ujghuren aus dem aufblühenden Grenzhandel zunächst ein Überleben zu sichern und später Profit daraus zu schlagen. Trotz mehrerer Wirtschaftskrisen ist die von Ujghuren bewohnte Grenzgegend zu China durch einen vergleichsweise hohen Lebensstandard und eine niedrige Arbeitslosenrate gekennzeichnet. Ein Stereotyp, welches Ujghuren in Kasachstan anhaftet, ist das des »gerissenen Händlers«. Konfrontiert man Ujghuren damit, so lautet die Antwort oftmals, der Handel böte eine gute Möglichkeit für alle Beteiligten.

Wachsende Orientierung nach Osten

Kasachstan hat nach dem Zerfall der Sowjetunion eine beispiellose wirtschaftliche Entwicklung erfahren. Kein anderes Land in Zentralasien hat es mit derartiger Geschwindigkeit zu Wohlstand gebracht, wobei nicht alle gleichermaßen davon profitieren. Die Verlegung der Hauptstadt nach Astana (seit 2019 Nur-Sultan) im

Jahr 1997 und deren spektakulärer Aufbau sind Zeichen dieses wirtschaftlichen Aufbruchs. Sollte die Verlegung der Hauptstadt von Almaty im Südosten Kasachstans nach Astana im Nordosten Kasachstans noch ein Zeichen gegen die einstigen russischen Imperialisten an der nördlichen Grenze setzen, so hat sich der wirtschaftlich-politische Fokus Kasachstans inzwischen stärker gen Osten orientiert.

Die Volksrepublik China teilt eine ca. 1.600 km lange Grenze mit Kasachstan. Das an Kasachstan grenzende westchinesische Autonome Gebiet Xinjiang gilt Beijing dabei als Schlüsselprovinz für den wirtschaftlichen Vormarsch Richtung Zentralasien und Europa. An dieser Grenze befindet sich im Südosten Kasachstans einer der wichtigsten wirtschaftlichen Knotenpunkte zwischen Ost- und Zentralasien. Dieser Großraum und seine dazu gehörenden Institutionen werden als Chorgos bezeichnet und sind rechtlich als Sonderwirtschaftszone organisiert. Als Teil der Belt and Road Initiative führt eine Eisenbahnlinie von Ostchina durch Chorgos nach Duisburg, die in Form eines Trockenhafens in Chorgos Gestalt annimmt. Der »Western Europe – Western China« Highway, der durch Chorgos führt, verbindet die ostchinesische Hafenstadt Lianyungang mit St. Petersburg. Zudem prägt ein gemeinsam von China und Kasachstan verwaltetes Freihandelszentrum mit den Ausmaßen einer Kleinstadt die karge Ebene des Ili-Flusses, in der sich Chorgos befindet. Die meisten Händler innerhalb des Freihandelszentrums sind Han-Chinesen und Angehörige der kasachischen Minderheit in China. Ujghuren aus Xinjiang arbeiten dort überwiegend im gastronomischen Bereich. Ein geringer Teil der kasachstanischen ujghurischen Bevölkerung arbeitet ebenfalls im Verkauf. Zu Chorgos gehört auch die Plansiedlung Nurkent, welche die zahlreichen zugezogenen Arbeiter und Angestellten der Sonderwirtschaftszone beherbergt. Ein Gesprächspartner aus einem der umliegenden Dörfer bemerkte, es seien kaum Ortsansässige in der Sonderwirtschaftszone beschäftigt. Für Diskussionen in Dscharkent sorgten vor etwa drei Jahren Äußerungen des damaligen kasachstanischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew, der – so erzählt man sich – im Fernsehen eine Vision von Chorgos als nächstem Dubai entwarf, u. a. mit einem internationalen Flughafen und der Verschmelzung der umliegenden Gemeinden mit Dscharkent zu einer einzigen Großstadt.

Shuttle-Handel und Basar: Ujghurische Frauen im Business

Ein großer Teil der ujghurischen Frauen in Kasachstan ist nicht nur für die häuslichen Arbeiten zuständig, sondern geht auch einer Erwerbstätigkeit außer Haus nach. Dies ist einerseits den ererbten wirtschaftlichen und

soziopolitischen Strukturen der Sowjetunion geschuldet. Andererseits bieten die räumliche Nähe zur chinesischen Grenze und der damit einhergehende wirtschaftliche Austausch mit China erhebliches Potential, einer Erwerbstätigkeit im Handel nachzugehen. Dies betrifft insbesondere grenznahe Orte wie Dscharkent. Dort arbeitet geschätzt jede zweite Frau als Shuttle-Händlerin. Shuttle-Händlerinnen fahren tageweise in das Freihandelszentrum, um dort zu Großhandelspreisen vorbestellte Ware zu erwerben und diese mit einer rentablen Gewinnmarge an Groß- oder Einzelhändler in Kasachstan und darüber hinaus weiterzuverkaufen. Der Shuttle-Handel ist eine gängige, wenngleich illegale Praxis an vielen Grenzen der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Der kasachstanische Staat toleriert den Shuttle-Handel, womit er der lokalen Bevölkerung die Möglichkeit verschafft, von der Öffnung der Grenze wirtschaftlich zu profitieren. Insbesondere für Frauen ist der Shuttle-Handel oftmals neben weiteren Erwerbstätigkeiten eine populäre Zweit- oder Drittbeschäftigung. Da er jedoch körperlich herausfordernd ist, gute Kontakte zu Grenzbeamten und großes Verhandlungsgeschick verlangt, dient er häufig nur als Übergangstätigkeit. Beliebter sind Tätigkeiten in der Gastronomie, die in den vergangenen Jahren mit der steigenden Zahl von Shopping-Touristen und Unternehmern einen wichtigen Stellenwert in Dscharkent eingenommen haben. Die Hälfte aller dortigen Hotels und Restaurants gehört ujghurischen Frauen bzw. wird von ihnen verwaltet. Ebenso ist der Großteil der Händler auf dem lokalen Basar weiblich. Für viele Frauen stellt der Basar eine gute und mehr oder weniger stabile Einkommensquelle dar. Ihre Ehemänner besitzen oftmals Lastkraftwagen, in denen Ware aus China transportiert wird oder arbeiten als Taxifahrer. Die Steigerung des Handelsvolumens in Chorgos und der Ausbau des Western Europe-Western China Highways bieten diese Möglichkeiten.

Über die Autorin:

Verena La Mela ist Doktorandin in der Abteilung »Integration und Konflikt« am Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung in Halle/Saale. In ihrer Doktorarbeit schreibt sie über Handel, soziale Netzwerke, Infrastruktur und gesellschaftliche Transformationsprozesse im postsowjetischen Kasachstan mit Fokus auf die chinesisch-kasachstanische Grenzregion.

Lesetipps:

- Sebastian Gierke, Dunja Ramadan, Wo die Moscheen verschwinden, in: Süddeutsche Zeitung, 12.05.2019. = <https://www.sueddeutsche.de/politik/china-und-die-ujguren-wo-die-moscheen-verschwinden-1.4407686>.
- Charles Stevens, Along the New Silk Road – Khorgos: where East meets West, in: Geographical, 25.10.2018, = <https://geographical.co.uk/people/development/item/2979-along-the-new-silk-road-khorgos-where-east-meets-west>.
- Grit Horn, Kasachstan: Im Zentrum der Seidenstraße, in: OWC Außenwirtschaft, 01.05.2016, = <https://owc.de/2016/04/15/kasachstan-im-zentrum-der-seidenstrasse/>.

Fazit

Der Zerfall der Sowjetunion und die allmähliche Schaffung marktwirtschaftlicher Strukturen bot in den 1990ern die Gelegenheit, mit Handel Geld zu verdienen. Ujghuren in Kasachstan, insbesondere jene, die nahe der chinesischen Grenze lebten, haben diese Chance ergriffen und innerhalb der letzten Jahrzehnte mithilfe ihrer Verwandten jenseits der Grenze Güter aus China herbeigeschafft, um diese dann in Kasachstan zu verkaufen. Die mehrheitlich von Ujghuren bewohnte Stadt Dscharkent hat dadurch in den vergangenen 20 Jahren einen außerordentlichen Aufschwung erlebt. Mehreren Wirtschaftskrisen zum Trotz führt der Großteil der Bevölkerung heute ein für eine kasachstanische Kleinstadt überdurchschnittlich wohlhabendes Leben, das sich in Besitztümern und pompösen Feiern ritueller Feste manifestiert. Obgleich Ujghuren in der Regel nicht zum entscheidungstragenden Personal in Verwaltungsämtern der Sonderwirtschaftszone gehören, sind die wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Handel in Grenznähe eine Chance für lokale Ujghuren. Dies steht der prekären Situation gegenüber, illegalen Handel zu betreiben, der jedoch toleriert wird. Die dem Handel geschuldete geringe Arbeitslosenrate und die damit einhergehende geringe Anzahl Alkoholkranker ist für lokale Ujghuren ein Erklärungsmuster für das friedliche ethnische Zusammenleben in Dscharkent. Die wirtschaftlichen Chancen durch die Öffnung der Grenze zu China gehen einher mit der sich verschlechternden politischen Situation für Ujghuren in Xinjiang. Die kasachstanischen Ujghuren waren zuletzt in einer Art Schockstarre aufgrund dieser Entwicklungen. Zahlreiche Ujghuren in Kasachstan haben Verwandte in Xinjiang, die nicht mehr kontaktiert werden können und deren Verbleib ungewiss ist. Auch der grenzübergreifende Handel wird zunehmend zum Risiko für individuelle Händler. Vor diesem Hintergrund ist auch die politische wie wirtschaftliche Zukunft der Ujghuren Kasachstans ungewiss.

CHRONIK

22. Juni 2019 – 19. Juli 2019

Kasachstan

22.6.2019	Die International Labour Organization (ILO) ruft die kasachstanische Führung während der 108. International Labour Conference in Genf zur Einhaltung und Wahrung der Gewerkschaftsrechte auf.
22.6.2019	Bei einer Sitzung der Zwischenregierungskommission für usbekisch-kasachstanische bilaterale Zusammenarbeit unter Vorsitz des usbekischen Premierministers Abdulla Aripow und dem Gouverneur des Gebietes Turkestan, Umirsak Schukejew, wird u. a. ein Memorandum über den Bau einer Schnellzugstrecke zwischen Taschkent und Turkestan unterzeichnet.
24.6.2019	Laut Berdibek Saparbajew, Minister für Arbeit und Sozialschutz, sind die Renten seit der kasachstanischen Unabhängigkeit um insgesamt 80 % gestiegen. Die aktuelle Grundrente liegt bei 27.000 Tenge (71 US-Dollar), die Höchstrente bei 85.785 Tenge (226 US-Dollar).
24.6.2019	Bei einer Serie von massiven Explosionen in einem Munitionsdepot der Armee in Arys (Gebiet Turkestan) sterben drei Personen, 165 weitere werden zum Teil schwer verletzt. Der Gouverneur von Turkestan, Schukejew, ruft den Notstand aus und ordnet die Evakuierung der 45.000 Einwohner von Arys an. Im Lauf des Tages trifft Präsident Kasym-Dschomart Tokajew in Arys ein, um sich ein Bild von der Lage zu machen.
25.6.2019	Das Innenministerium nimmt in Arys Ermittlungen wegen des Verdachts auf Missachtung von Rechts- und Sicherheitsvorschriften für den Umgang mit Waffen und Munition auf.
26.6.2019	Präsident Tokajew empfängt den ehemaligen und ersten Präsidenten der Mongolei, Punsalmaagiin Ochirbat, in Nur-Sultan zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit.
26.6.2019	Per Dekret von Präsident Tokajew übernimmt der Staat die Kreditschulden von nach einem bestimmten Kriterienkatalog definierten bedürftigen Familien bis jeweils maximal 300.000 Tenge (ca. 800 US-Dollar). Davon sind nach Tokajews Worten 3 Mio. Menschen betroffen, von denen 255.000 mit einem Schlag kredit schuldenfrei würden. Nach Angaben von Finanzminister Alichan Smailow wird die Schuldenübernahme den Staat insgesamt 105 Mrd. Tenge (ca. 277 Mio. US-Dollar) kosten.
26.6.2019	Laut den Angaben einer Koalition von im Menschenrechtsbereich tätigen NGOs, darunter die Helsinki-Stiftung für Menschenrechte, gab es 2018 in Kasachstan insgesamt 143 gemeldete Vorwürfe wegen Folter und anderer Formen von Misshandlungen im Strafvollzug.
26.6.2019	Ein Gericht im russischen Gebiet Wladimir verurteilt zwei kasachstanische Staatsbürger wegen fahrlässiger Tötung in 16 Fällen zu jeweils fünfeinhalb Jahren Haft. Ein von ihnen eingesetzter nicht den Sicherheitsstandards entsprechender Bus war auf einem Bahnübergang nahe der Stadt Pokrow (Gebiet Wladimir) liegengeblieben und von einem Zug erfasst worden, 16 der 55 Passagiere, überwiegend Arbeitsmigranten aus Usbekistan, starben.
26.6.2019	In einer Stellungnahme kritisiert Human Rights Watch (HRW) das Verfahren gegen Jerlan Baltabay, der sich seit September 2018 wegen des Vorwurfs der Veruntreuung von 28.000 US-Dollar vor Gericht verantworten muss. HRW schätzt das Verfahren gegen Baltabay, der Vorsitzender einer Gewerkschaft von Öl- und Petrochemiearbeitern in Schimkent ist, als politisch motiviert ein.
27.6.2019	Vor der Weißen Moschee in Schimkent, einem der Hauptevakuierungsorte für die Bewohner der Stadt Arys, findet eine unangemeldete, aber geduldete Demonstration von mehreren Hundert Evakuierten statt, die eine dauerhafte Unterbringung in Schimkent sowie mehr staatliche Hilfe fordern. Der Bürgermeister von Schimkent, Gabdulla Abdrachimow, und der Gouverneur des Gebietes Turkestan, Schukejew, verhandeln persönlich, aber ergebnislos mit den Demonstrierenden.
27.6.2019	Auf dem Truppenübungs Gelände »Spassk« im Gebiet Karaganda beginnt ein SCO-Antiterrormanöver unter Teilnahme von Soldaten aus Kasachstan, Usbekistan, Kirgistan und Tadschikistan.
28.6.2019	Vier Tage nach den schweren Explosionen in Arys beginnen die Behörden mit der Rückführung der bis zu 45.000 Evakuierten.
28.6.2019	Präsident Tokajew entbindet Bauyrdschan Baibek von seinem Amt als Bürgermeister von Almaty, Nachfolger wird Bakyt dschan Sagintajew, der bis dahin die Präsidialadministration leitete. Dieses Amt übernimmt der bisherige Gouverneur des Gebietes Kysylorda, Kyrymbek Koscherbajew.
28.6.2019	Im Fall der im Frühjahr 2019 beim Transit durch russische Pipelinesysteme nach Europa durch Chemikalien verunreinigten ca. 700.000 t kasachstanischen Erdöls einigen sich beide Seiten darauf, dass das russische Staatsunternehmen Transneft, welches die Erdölpipelines der RF betreibt, KazTransOil 15 US-Dollar Schadenersatz pro verunreinigtem Barrel kasachstanischen Erdöls bzw. 76 Mio. US-Dollar zahlt.
30.6.2019	In Nur-Sultan findet eine von der Partei Nur-Otan organisierte Demonstration gegen Versuche und Provokationen zur Destabilisierung des Landes statt, an der nach Angaben der Partei bis zu 1.500 Personen teilnehmen.

30.6.2019	In Almaty findet eine offiziell genehmigte Demonstration mit 200 Teilnehmern für das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit statt.
1.7.2019	Bei einer Massenschlägerei zwischen kasachischen und arabischen Vertragsarbeitern im Ölfeld Tengis (Gebiet Atyrau) werden 30 vorwiegend jordanische und libanesische Staatsbürger sowie Angehörige der Palästinensischen Autonomiegebiete, verletzt. Der libanesische Premierminister Saad Hariri und Verteidigungsminister Elias Bou Saab rufen die kasachstanischen Behörden auf, den Fall zu untersuchen und arabische Ölarbeiter im Land zu schützen. Der jordanische Kronprinz Abdullah II. bin al-Hussein beauftragt Premierminister Omar al-Razzaz und Außenminister Aiman Safadi, den Fall aufzuklären. Die Botschafter von Libanon, Jordanien und den Palästinensischen Autonomiegebieten in Kasachstan betonen bei einem Treffen mit dem Gouverneur des Gebietes Atyrau, Nurlan Nogajew, dass die jeweiligen bilateralen Beziehungen durch den Vorfall nicht beeinträchtigt würden.
1.7.2019	Außenminister Beibut Atamkulow wird in Washington von US-Außenminister Mike Pompeo zu einem Gespräch über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit empfangen. Pompeo betont die Bedeutung der bilateralen strategischen Partnerschaft und das Interesse an einer weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit.
2.7.2019	Der Vorsitzende des Notfallkomitees des Innenministeriums, Wladimir Bekker, schätzt die für den Wiederaufbau von Arys benötigte Summe zuerst auf 20 Mrd. Tenge (ca. 52,5 Mio. US-Dollar), später auf 34,5 Mrd. Tenge (ca. 90 Mio. US-Dollar). Schätzungen gehen davon aus, dass bis zu 90 % der Gebäude in Arys beschädigt oder komplett zerstört sind.
2.7.2019	Für ihre Bemühungen zur Entwicklung umfangreicher Beziehungen zwischen der EU und Kasachstan verleiht Präsident Tokajew der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini den nationalen Ehrenorden erster Klasse.
2.7.2019	Präsident Tokajew ernannt Sulfija Amandscholowa zur ersten Sonderbeauftragten des Außenministeriums für Fragen des Kaspischen Meeres.
3.7.2019	Die persönliche Website des Ersten Präsidenten Nursultan Nasarbajew mit der URL www.elbasy.kz geht online.
3.7.2019	Die Finanzbehörden geben bekannt, dass die Einwohner der Stadt Arys bis Jahresende von allen Steuern befreit sind.
3.7.2019	Präsident Tokajew unterschreibt das Mitte Mai vom Parlament vorgelegte Gesetz zur Ratifizierung des UN-Atomwaffenverbotsvertrages.
4.7.2019	Nach eigenen Angaben hat die französische Firma Total Eren mit dem Bau zweier Solarkraftwerke mit einer Spitzenleistung von 28 MWp in Dschalagasch (Gebiet Kysylorda) und 100 MWp in Schu (Gebiet Dschambyl) begonnen. Für letzteres gewährt die ADB Kasachstan einen Kredit in Höhe von 30,5 Mio. US-Dollar.
4.7.2019	In London beginnt ein Verfahren gegen den Enkel des Ersten Präsidenten, Aisultan Nasarbajew, wegen Sachbeschädigung, Körperverletzung eines Polizisten und Widerstands gegen die Staatsgewalt, nachdem er am Vortag unter Drogeneinfluss ein Hotelzimmer verwüstet und mit Selbstmord durch einen Sprung vom Balkon gedroht hatte. Seiner Festnahme versuchte er sich durch einen Biss in den Arm eines Polizisten zu entziehen.
5.7.2019	Ein Gericht in Nur-Sultan verhängt wegen der Verletzung von Einreisebestimmungen ein fünfjähriges Einreiseverbot gegen die Journalistin und kirgisische Staatsbürgerin Dschasgul Egemberdijewa und ordnet ihre Ausreise innerhalb der nächsten zehn Tage an. Egemberdijewa hatte sich seit dem 3.5.2019 zur Berichterstattung über die Präsidentschaftswahl im Auftrag der russischen Medienagentur Current Time im Land aufgehalten.
6.7.2019	Während der Feierlichkeiten anlässlich des 79. Geburtstages des Ersten Präsidenten Nasarbajew und des Tages der Hauptstadt werden bei nicht genehmigten Demonstrationen von Anhängern der verbotenen Oppositionspartei Demokratischskij Wybor Kasachstana (DWK) in Almaty, Nur-Sultan, Aktobe und Schimkent über 100 Personen festgenommen.
7.7.2019	Am Rande des 15. EU-Zentralasien-Außenministertreffens in Bischkek (Kirgistan) führen die EU-Außenbeauftragte Mogherini und Außenminister Atamkulow Gespräche über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit, u. a. im Bereich der Implementierung des 2016 unterzeichneten Enhanced Partnership and Cooperation Agreement (EPCA).
8.7.2019	Als Reaktion auf die Explosionen in Arys am 24.6. 2019 beginnen auf Anordnung von Verteidigungsminister Nurlan Jermekbajew im ganzen Land Sicherheitsinspektionen in Waffen- und Munitionsdepots der Armee.
9.7.2019	Der in London ansässige internationale Autorenverband P.E.N. kritisiert in einer Stellungnahme die Unterdrückung friedlicher Proteste in mehreren kasachstanischen Städten durch die Polizei während und nach der Präsidentschaftswahl am 9.6.2019 und ruft die Führung des Landes zur Wahrung der Versammlungs- und Redefreiheit auf.
10.7.2019	Ein Gericht in Nur-Sultan verurteilt die ehemalige stellvertretende Bildungs- und Wissenschaftsministerin Elmira Surchanberdijewa, die Anfang Juni festgenommen worden war, wegen Korruption während ihrer Amtszeit zu einer Strafzahlung von 6,3 Mio. Tenge (16.000 US-Dollar) und einem lebenslangen Arbeitsverbot für den öffentlichen Dienst und staatliche Unternehmen.

10.7.2019	Vor den Büros des Ersten Präsidenten Nasarbajew und Präsident Tokajews in Nur-Sultan demonstrieren Dutzende Menschen für die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung von angeblich falschen Gerichtsurteilen.
12.7.2019	Premierminister Askar Mamin wird in Duschanbe vom tadschikischen Präsidenten Emomali Rachmon und seinem tadschikischen Amtskollegen Kochir Rasulsoda zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit empfangen. Nach den Treffen werden Handels- und Investitionsübereinkommen im Wert von über 80 Mio. US-Dollar unterzeichnet, die u. a. den Export von Landwirtschaftsmaschinen und Zügen von Kasachstan nach Tadschikistan beinhalten.
12.7.2019	Während einer regulären Sitzung der russisch-kasachstanischen Kommission zur Demarkation der gemeinsamen Grenze im russischen Samara wurde eine Einigung über mehrere Grenzabschnitte erreicht.
15.7.2019	Ein Gericht im Gebiet Akmola verurteilt fünf hochrangige Polizeibeamte zu Freiheitsstrafen zwischen sechs und 11 Jahren wegen Gründung einer kriminellen Vereinigung. Die Beamten sollen über mehrere Jahre systematisch Bestechungsgelder von illegalen Goldsuchern angenommen haben.
15.7.2019	Nach einem Unfall in einem örtlichen Kraftwerk fällt in mehreren Stadtteilen Almatys für mehrere Stunden der Strom aus.
15.7.2019	Präsident Tokajew erteilt Verteidigungsminister Jermekbajew wegen der Explosionen im Munitionsdepot in Arys am 24.6.2019 eine scharfe Rüge.
17.7.2019	Präsident Tokajew billigt die Zusammensetzung des neuen Nationalen Rates für öffentliches Vertrauen, der aus 44 Personen besteht und dessen Vorsitzender Tokajew selbst ist. Der in Reaktion auf die Demonstrationen während der Präsidentschaftswahlen geschaffene Rat soll die Rolle eines Beratungsgremiums einnehmen, das Strategiepapiere, Regierungsprogramme und geplante Rechtsakte überprüft, und als dialogische Schnittstelle zwischen der Regierung, Parteien und der Öffentlichkeit fungieren.
17.7.2019	Zusammen mit seinem usbekischen Amtskollegen Abdulla Aripow nimmt Premierminister Mamin an der Eröffnungszereemonie des Beineu-Akdschigit-Usbekistan-Highways im Gebiet Mangistau teil.
17.7.2019	Der französische Staatsbürger Jean-Francois Marteau wird zum neuen World Bank Country Manager in Kasachstan ernannt.
17.7.2019	Ein Gericht in Schimkent verurteilt den Gewerkschaftsführer Baltabay wegen Veruntreuung zu sieben Jahren Freiheitsentzug.
17.7.2019	Ab sofort können Beschwerden und Anliegen von Bürgern direkt über die offizielle Website des Präsidenten http://www.akorda.kz/kz eingereicht werden.
18.7.2019	Präsident Tokajew ernennt Arudschan Sain, Gründerin und Direktorin der Stiftung »Barmherzigkeit«, zur neuen Ombudsfrau für die Angelegenheiten und Rechte von Kindern.
18.7.2019	In Almaty wird der Aktivist Ramil Nijasow festgenommen, der sich am Abaj-Denkmal mit einem Plakat mit den vom Ersten Präsidenten stammenden Worten: »Glasnost offenbart die Bedeutungslosigkeit des Autoritarismus« postiert hatte.
19.7.2019	Im Gebiet Dschambyl beginnt die China Power International Holding mit dem Bau des größten Windkraftparks Zentralasiens, der eine Gesamtleistung von über 100 MW erreichen soll.

Kirgistan

23.6.2019	Auf Gesuch der Generalstaatsanwaltschaft genehmigt ein Gericht in Bischkek die Beschlagnahmung von Bankunterlagen von Ex-Präsident Almasbek Atambajew sowie einer Reihe seiner Angehörigen und Unterstützer.
24.6.2019	Der ehemalige Bürgermeister von Bischkek, Nariman Tjulejew, wird von Vertretern der Generalstaatsanwaltschaft im Fall des Ex-Präsidenten Atambajew verhört, soll jedoch nach eigenen Angaben jegliche Aussage verweigert haben.
24.6.2019	Präsident Sooronbai Dscheenbekow empfängt in Bischkek den Präsidenten des österreichischen Bundesrates, Ingo Appe. Dscheenbekow bekundet Interesse an einem Erfahrungsaustausch mit Österreich zugunsten der Stärkung und des Ausbaus der parlamentarischen Demokratie in Kirgistan.
24.6.2019	Die Regierung ratifiziert das Finanzierungsabkommen mit der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) der Weltbank zur Implementierung der dritten Phase des Central Asia Regional Links Programm Project, das die Erhöhung regionaler Konnektivität und die Förderung nachhaltigen Tourismus zum Ziel hat. Das Übereinkommen sieht die Bereitstellung von insgesamt 55 Mio. US-Dollar, davon eine Hälfte als Bewilligung und eine Hälfte als Kredit, durch die IDA vor.

25.6.2019	Premierminister Muchammedkaly Abylgasijew appelliert an das Parlament, das Gesetz zum Verbot der Exploration und des Abbaus von Uran und Thorium zu entschärfen. Das schwach radioaktive Erz Thorium soll demnach von dem Verbot ausgenommen, das Importverbot für Uran und uranhaltigen Materialien gestrichen werden, da die Metallfabrik in Kara-Balta (Gebiet Tschui) auf den Rohstoff Uran angewiesen ist.
25.6.2019	Laut Premierminister Abylgasijew betrug die Gesamtsumme an Auslandsinvestitionen in Kirgistan 2018 852 Mio. US-Dollar und damit 38,1 % mehr als 2017.
26.6.2019	Nach Angaben einer Koalition von im Menschenrechtsbereich tätigen NGOs, darunter die Helsinki-Stiftung für Menschenrechte, gab es im Jahr 2018 in Kirgistan insgesamt 377 Vorwürfe wegen Folter und anderer Formen von Misshandlungen im Strafvollzug.
26.6.2019	Eine Gruppe von Parlamentsabgeordneten legt Berufung beim Verfassungsgericht gegen das Verfahren zur Aufhebung der Immunität von Ex-Präsident Atambajew ein.
27.6.2019	103 Parlamentsabgeordnete stimmen für die Aufhebung der Immunität von Ex-Präsident Atambajew, sechs dagegen. An den beiden Vortagen hatten sich Atambajew und bis zu 400 seiner Anhänger in dessen Heimatdorf Koy-Tasch (Gebiet Tschui) versammelt, um gegen das Immunitätsaufhebungsverfahren zu protestieren.
27.6.2019	In Bischkek tagt der Rat der Vorsitzenden der nationalen Sicherheitskomitees der CSTO-Staaten.
28.6.2019	Ex-Präsident Atambajew erklärt gegenüber Reportern in seinem Heimtdorf Koy-Tasch vor laufenden Kameras, dass er sich einer Festnahme wenn nötig auch mit Waffengewalt entziehen werde.
1.7.2019	Acht internationale Menschenrechtsorganisationen, darunter AI, HRW und das Norwegische Helsinki-Komitee, rufen die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini vor dem 15. EU-Zentralasien-Außenministertreffen am 7.7.2019 in Bischkek öffentlich dazu auf, sich für den usbekischen Menschenrechtsaktivisten Asimdschan Askarow, der nach den Unruhen in Südkirgistan 2010 mit einem umstrittenen Urteil wegen der Anstiftung zu ethnischen Hass, Organisation von Massenaufständen und Komplizenschaft bei der Ermordung eines Polizisten zu lebenslanger Haft verurteilt worden war, einzusetzen und seine Freilassung zu fordern.
1.7.2019	In einer schriftlichen Stellungnahme wirft die ehemalige Übergangspräsidentin Rosa Otunbajewa ihrem Nachfolger Atambajew vor, mit seinem Handeln der vergangenen Tage das Land zu spalten. Dieser behauptet im Gegenzug, dass Otunbajewa als Übergangspräsidentin nach der Revolution von 2010 keine Legitimation besessen hätte.
2.7.2019	Der Bürgermeister von Bischkek, Asis Surakmatow, beauftragt alle Bezirk- und Gemeindeverwaltungen, in der Bevölkerung Aufklärungsarbeit über die Gefahr von Demonstrationen zu leisten, da diese in der aktuellen sozio-ökonomischen Situation die Stabilität in der Hauptstadt gefährden würden.
2.7.2019	In Jekaterinburg (RF) wird der ehemalige Vorsitzende der örtlichen kirgisischen Diaspora, Kamtschybek Karimow, vermutlich bei einem Raubüberfall erschossen.
3.7.2019	In Bischkek findet eine Protestkundgebung von Ex-Präsident Atambajew und bis zu 1.000 seiner Anhänger statt. U. a. werden der Rücktritt von Präsident Dscheenbekow, die Auflösung des Parlamentes und der Rücktritt der Regierung, ein Führungswechsel in der Generalstaatsanwaltschaft und dem GKNB sowie die Reform des Strafverfolgungssystems gefordert. Atambajew droht mit landesweiten Massenprotesten, sollten die Forderungen nicht in den kommenden beiden Monaten umgesetzt werden.
4.7.2019	Das Innenministerium veröffentlicht eine Liste mit den 21 derzeit verbotenen religiösen Organisationen.
4.7.2019	In Bischkek erhalten die letzten 50 staatenlose Personen im Land, darunter 15 Kinder, die kirgisische Staatsbürgerschaft, womit es in Kirgistan keine staatenlosen Personen mehr gibt.
5.7.2019	Der ehemalige Innenminister Moldomusa Kongantijew, dem Amtsmissbrauch und Aufruf zu polizeilicher Waffengewalt gegen Demonstranten während der Aprilrevolution 2010 vorgeworfen wurden, wird von einem Gericht in Bischkek freigesprochen.
5.7.2019	Ex-Ombudsmann Tursunbek Akun verklagt den TV-Sender »April« wegen Verleumdung auf Zahlung von 500.000 Som (ca. 7.200 US-Dollar), nachdem dieser in einem Bericht behauptet hatte, dass Akun in die unrechtmäßige frühzeitige Haftentlassung des Schwerkriminellen Asis Batukajew 2013 verwickelt sei.
5.7.2019	Der Direktor der privaten Cambridge School Bishkek und nigerianische Staatsbürger Aliju Tijani Abubakar stirbt in einem Krankenhaus in Bischkek, nachdem er nach einer Schlägerei mit einem Video-Blogger im Stadtzentrum am 2.7.2019 ins Koma gefallen war. Der bereits kurz nach der Tat festgenommene Verdächtige gibt an in Notwehr gehandelt zu haben, nachdem er während einer Youtube-Liveübertragung von Abubakar beleidigt und geschlagen worden sei.

6.7.2019	Im Vorfeld des 15. EU-Zentralasien-Gipfels empfängt Außenminister Tschingis Aidarbekow seinen usbekischen Amtskollegen Abdulasis Kamilow und die EU-Außenbeauftragte Mogherini zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der jeweiligen bilateralen Zusammenarbeit. Resultat ist u. a. die Unterzeichnung eines Partnerschaftsübereinkommens für die vertiefte bilaterale Zusammenarbeit zwischen der EU und Kirgistan, u. a. in den Bereichen Reformen, Sicherheitspolitik, Handel und Bildung. Für Reformen im kirgisischen Bildungswesen will die EU bis 2021 Programme im Wert von 35,8 Mio. Euro implementieren.
7.7.2019	In Bischkek findet das 15. EU-Zentralasien-Außenministertreffen unter Anwesenheit der Außenminister von Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan und der EU-Außenbeauftragten Mogherini statt. Zentrale Gesprächspunkte sind die gemeinsamen Anstrengungen für den Friedensprozess in Afghanistan und die am 15.5.2019 verabschiedete EU-Zentralasienstrategie, in deren Rahmen die EU u. a. regionale Programme im Gesamtwert von 72 Mio. Euro umsetzen will.
8.7.2019	Am Rande des 15. EU-Zentralasien-Außenministertreffens in Bischkek empfängt Außenminister Aidarbekow den tadschikischen Außenminister Siroduschiddin Muchridin zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit.
8.7.2019	Laut New York Times hat die chinesische Botschaft 2013 die kirgisische Regierung unter Androhung der Einstellung von Kreditzahlungen erpresst, der chinesischen Firma TBEA bei der Auftragsvergabe für die Restaurierung des zentralen Heizkraftwerkes Bischkek den Vorzug zu geben. Der mehrtägige Ausfall des Werkes im Januar 2018 hatte eine innenpolitische, teilweise bis heute fortwirkende Krise ausgelöst.
8.7.2019	Eine Delegation der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist für einen fünftägigen Aufenthalt in Bischkek für Gespräche u. a. mit Gesundheitsminister Kosmosbek Tscholponbajew und die Unterstützung der kirgisischen Behörden bei der Entwicklung von Systemen für gute Herstellungs- und Vertriebspraxis von Arzneimitteln eingetroffen.
9.7.2019	Laut dem Staatlichen Dienst zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität, der seit Ende Mai wegen des Verdachts auf Steuerhinterziehung und illegale Bereicherung in Höhe von mehreren 100 Mio. US-Dollar gegen den ehemaligen stellvertretenden Leiter des Staatlichen Zolldienstes, Rajimbek Matraimow, und seine Familie ermittelt, ist Matraimow nicht in den illegalen Transfer von bis zu 700 Mio. US-Dollar auf unterschiedliche ausländische Konten zwischen 2011 und 2017 verwickelt gewesen. In der Zwischenzeit ist der Geschäftsmann Saimaiti Aierken in den Fokus der Ermittlungen gerückt.
9.7.2019	Der Anwalt von Ex-Präsident Atambajew, Sergej Slesarew, bestätigt in einem Interview mit RFE/RL, dass weder sein Klient noch er selber bei der Polizei oder dem Innenministerium aussagen und auch zukünftigen Behördenvorladungen nicht nachkommen werden. Das Innenministerium hatte Atambajew am Vortag schriftlich zu einer Aussage vorgeladen.
9.7.2019	Bei der ersten Tourismusmesse der GUS in Samarkand (Usbekistan) schlägt die Delegation der kirgisischen Tourismusbehörde im Kontext der Diskussion um ein für mehrere zentralasiatische Staaten gültiges »Seidenstraßenvisum« für Touristen ebenfalls die Einführung eines Touristenvisums für Bürger der GUS-Staaten vor, mit dem der gesamte GUS-Raum bereist werden kann.
10.7.2019	Präsident Dscheenbekow wird in Bern vom Bundespräsidenten der Schweiz, Ueli Maurer, zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit empfangen. Nach dem Treffen wird eine Reihe von Übereinkommen unterzeichnet, die u. a. die Zusammenarbeit in den Bereichen Investitionen, Tourismus und Gesundheit betreffen.
10.7.2019	Im russischen Jekaterinburg streiken über 100 kirgisische Arbeitsmigranten, die als Minibusfahrer arbeiten, für höhere Löhne und bessere Arbeitsschutzrechte.
11.7.2019	Präsident Dscheenbekow wird in Moskau vom russischen Präsidenten Wladimir Putin zu einem Gespräch über den Stand der bilateralen Zusammenarbeit und den kommenden CSTO-Gipfel empfangen.
12.7.2019	Präsident Dscheenbekow empfängt den kasachstanischen Premierminister Askar Mamin in Bischkek zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Wirtschaft und Investitionen.
12.7.2019	In Bischkek findet die 8. Sitzung des kirgisisch-kasachstanischen Regierungsrates unter Anwesenheit von Premierminister Abylgasijew und seinem kasachstanischen Amtskollegen Mamin statt. Neben der Unterzeichnung einer Reihe von bilateralen Übereinkommen u. a. in den Bereichen Handel, Wirtschaft und Infrastruktur wird die Wiedereröffnung des seit 2010 geschlossenen Grenzübergangs Kitschi-Kapa (Gebiet Talas) im Jahr 2020 beschlossen.
15.7.2019	In Naryn demonstrieren ca. 70 Personen vor dem Gebäude der Gebietsverwaltung gegen die Goldförderung in der Solton-Sary-Mine durch die chinesische Bergbaufirma Zhong Ji Mining, nachdem in mehreren Teilen des Gebietes Hunderte Rinder und Schafe durch verunreinigtes Grundwasser verendet waren.
15.7.2019	Das Regionalgericht des Gebietes Tschui beschließt die Wiederaufnahme des Verfahrens im Fall des usbekischen Menschenrechtsaktivisten Askarow.

15.7.2019	Nach einer belastenden Aussage von Ex-Ombudsmann Akun schreibt das Innenministerium den ehemaligen Leiter des GKNB, Bursumankul Tabaldijew, wegen möglicher Verwicklung in den Fall der illegalen Freilassung des Schwermörders Batukajew 2013 zur Fahndung aus.
16.7.2019	Kirgistan tritt dem Kimberley Process Certification Scheme der UN bei, mit dem der globale Handel mit sogenannten Blutdiamanten unterbunden werden soll.
17.7.2019	In Bischkek beginnt die 21. Central Asia Media Conference der OSZE unter dem Titel »Medienfreiheit und Pluralismus in Zeiten digitaler Transformation«. An der Konferenz nehmen über 100 Regierungs-, Zivilgesellschafts- und Medienvertreter aus Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Usbekistan, Turkmenistan und der Mongolei teil.
17.7.2019	Bei einem Treffen mit Regierungsvertretern in Bischkek bringt der OSZE-Beauftragte für die Freiheit der Medien, Harlem Désir, seine Bedenken gegenüber den hohen Geldstrafen für Investigativjournalisten zum Ausdruck. Außerdem fordert er die Regierung auf, mehr gegen Angriffe gegen Medienvertreter zu unternehmen.
17.7.2019	In Solton-Sary (Gebiet Naryn) demonstrieren Dutzende Menschen für die Schließung der örtlichen, von der chinesischen Bergbaufirma Zhong Ji Mining betriebenen Goldmine.
18.7.2019	Während des Aufenthaltes des südkoreanischen Premierministers Lee Nak-yeon in Bischkek werden bei Treffen mit unterschiedlichen kirgisischen Regierungsvertretern eine Reihe von bilateralen Übereinkommen unterzeichnet, die u. a. die Bereiche Bildung, Landwirtschaft und Luftverkehr betreffen.
19.7.2019	In Reaktion auf eine erneute Vorladung Atambajews durch das Innenministerium erklärt der Anwalt des Ex-Präsidenten, dass sein Mandant für Aussagen nicht zur Verfügung stehe und kündigt eine Beschwerde beim Innenministerium wegen der Missachtung von Atambajews Immunitätsstatus an.
19.7.2019	Innenminister Kaschkar Dschuschunaliw verklagt die Zeitung »Asia Plus« wegen Beleidigung und Ehrverletzung, nachdem diese einen Beitrag mit der Überschrift »Ist Kaschkar eine Ratte?« veröffentlicht hatte.

Tadschikistan

24.6.2019	Die Weltbank bewilligt 98,7 Mio. US-Dollar für die Realisierung sozialer Projekte im Grenzbereich zu Afghanistan.
24.6.2019	Ein Gebietsgericht im russischen Belgorod verurteilt einen 18-jährigen Tadschiken zu einer 2,5-jährigen Haftstrafe, weil er im Winter 2017/18 im Internet zum Terrorismus aufgerufen hatte.
24.6.2019	Tadschikistan wird auch im neuesten Religious Freedom Report des U.S. State Department als Staat aufgeführt, in dem die Glaubensfreiheit der Bürger verletzt wird.
24.6.2019	Die untere Kammer des Parlamentes billigt eine Änderung des Wahlgesetzes, mit der es Vertretern politischer Parteien untersagt wird, Mitglied der Zentralen Wahlkommission zu werden.
25.6.2019	Der jüngste Sohn von Karim Aga Khan IV., Prinz Ali Muchammad Aga Khan, besichtigt während seines ersten Tadschikistanbesuches verschiedene vom Aga Khan Development Network (AKDN) geförderte Einrichtungen in Chorog (GBAO).
26.6.2019	Der Sekretär des russischen Sicherheitsrates, Nikolai Patruschew, kündigt auf einer Sitzung mit seinen Amtskollegen aus den anderen CSTO-Staaten Bischkek an, dass die RF die tadschikische Armee sowie die Sicherheitsdienste gegen Bedrohungen durch terroristische Gruppen aus Afghanistan stärken werde.
26.6.2019	Die zuständige Abteilung des Justizministeriums dementiert Berichte des tadschikischen Dienstes von RFE/RL, dass in einem Gefängnis von Duschanbe ca. 20 Häftlinge versucht hätten, einen allgemeinen Gefangenenaufstand zu organisieren.
27.6.2019	Der OSZE-Sonderbeauftragte für die Freiheit der Medien, Harlem Désir, fordert die tadschikischen Behörden auf, Berichten nachzugehen, nach denen die Anhörigen der seit 2016 im Exil lebenden Journalistin Humaira Bachtijar von Sicherheitskräften unter Druck gesetzt würden, um ihre Rückkehr zu erzwingen.
27.6.2019	Das Außenministerium entzieht dem Videofilmer und Journalisten des tadschikischen Dienstes von RFE/RL Barotali Nasarow in Reaktion auf eine Reportage über Versuche der Regierung, die unabhängige Presse zu kontrollieren, die Akkreditierung.
27.6.2019	Präsident Emomali Rachmon empfängt den U.S. Special Representative for Afghanistan Reconciliation, Zalmay Khalilzad, zu Gesprächen über den Friedensprozess in Afghanistan sowie Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit.
27.6.2019	Ein Gericht im russischen Twer verurteilt einen tadschikischen Staatsbürger zu einer Geldstrafe von 20.000 Rubeln (317 US-Dollar), weil er die Sicherheitskräfte nicht über die IS-Kontakte eines Bekannten informiert hatte.
28.6.2019	Präsident Rachmon wird in Minsk von seinem weißrussischen Amtskollegen Aleksandr Lukaschenko zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis empfangen. Beide Seiten unterzeichnen einen Vertrag über eine strategische Partnerschaft. An einem anschließenden informellen Treffen nimmt auch der russische Präsident Wladimir Putin teil.

30.6.2019	Das DAAD Informationszentrum Duschanbe wird geschlossen.
1.7.2019	Präsident Rachmon empfängt den Präsident der EBRD, Suma Chakrabarti, zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit.
2.7.2019	Das Committee to Protect Journalists (CPJ) fordert die tadschikische Führung auf, den RFE-Journalisten Nasarow wieder zu akkreditieren. Zuvor war auch der OSZE-Sonderbeauftragte für die Freiheit der Medien, Désir, für ihn eingetreten.
2.7.2019	Der Minister für ökonomische Entwicklung, Nematullo Chikmatullosoda, empfängt den neuen Leiter des OSZE-Programmbüros in Duschanbe, Valeriu Kiver, zu Gesprächen über Bereiche einer zukünftigen Zusammenarbeit. Beide Seiten betonen ihre Kooperationsbereitschaft.
2.7.2019	Der Sprecher der oberen Kammer des Parlamentes, Machmadsaid Ubajdullojew, nimmt gemeinsam mit 800 Politikern und Experten aus 131 Ländern auf Einladung des Sprechers der russischen Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, am II. Internationalen Forum in Moskau teil.
3.7.2019	In einer auf der Website des Außenministeriums veröffentlichten Erklärung wird der tadschikische Dienst von RFE/RL der Propaganda extremistischer Ideen beschuldigt.
4.7.2019	Nach einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen tadschikischen und kirgisischen Staatsbürgern im kirgisischen Aksai und darauffolgender Blockade der Straße, die die tadschikische Exklave Woruch mit Tadschikistan verbindet, am Vortag ist die Situation jetzt nach Angaben der Grenzdienste wieder ruhig.
4.7.2019	In Duschanbe beginnt eine zweitägige Sitzung der tadschikisch-afghanischen Zwischenregierungskommission für wirtschaftliche, technische und soziale Zusammenarbeit unter Leitung von Transportminister Chudojor Chudojorsoda und dem amtierenden afghanischen Finanzminister Mohammad Humajon Kajumi.
4.7.2019	Der Botschafter Kasachstans, Askar Tadschibajew, übergibt 5.000 t von seinem Land als humanitäre Hilfe gespendetes Heizöl an Tadschikistan.
4.7.2019	Außenminister Siroschiddin Muchiriddin empfängt den Sonderbeauftragten des russischen Präsidenten für Afghanistan, Samir Kabulow, zu Gesprächen über die Situation in Afghanistan und Fragen der regionalen Sicherheit.
5.7.2019	Die UN-Arbeitsgruppe über gewaltsames und unfreiwilliges Verschwindenlassen erklärt zum Abschluss ihres ersten, mehrtägigen Tadschikistanbesuches, dass es ihr nicht gelungen sei, offizielle Angaben über das Verschwinden von Menschen zu erhalten, obwohl Tausende Fälle bekannt seien.
7.7.2019	Außenminister Muchiriddin nimmt am EU-Zentralasien Treffen in Bischkek teil, auf dem die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, die neue EU-Zentralasien-Strategie vorstellt. Die EU gibt zugleich bekannt, dass sie den Bau eines nicht namentlich genannten neuen Wasserkraftwerkes in Tadschikistan mit 20 Mio. Euro unterstützen wird.
7.7.2019	Während der Verlegung von 128 Gefangenen aus Strafkolonien in Chudschand und Istarawschan (Gebiet Sogd) nach Duschanbe sterben 14 Häftlinge nach dem Genuss von offenbar vergiftetem Brot.
11.7.2019	Der kasachstanische Premierminister Askar Mamin wird von Präsident Rachmon zu Gesprächen über die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen empfangen. Bei einem Treffen mit Premierminister Kochir Rasulsoda vereinbaren beide Seiten eine Intensivierung der Kontakte. Am Rande des Besuches werden Wirtschaftsverträge im Wert von 80 Mio. US-Dollar unterzeichnet.
12.7.2019	Ein Moskauer Militärgericht verurteilt sieben tadschikische Staatsbürger wegen Verbindungen zum IS und der Planung eines Anschlags auf einen Schnellzug im Sommer 2017 zu Freiheitsstrafen zwischen 15–21 Jahren. Drei Tage zuvor waren ebenfalls von einem Militärgericht in Moskau drei Männer, davon zwei aus Tadschikistan, zu Freiheitsstrafen von zehn bis 15 Jahren wegen Kontakten zum IS verurteilt worden.
16.7.2019	Justizminister Rustam Schochmurod weist auf einer Pressekonferenz Vorwürfe zurück, dass die Verlegung von Gefangenen aus dem Gebiet Sogd nach Duschanbe am 7.7.2019 unter nicht rechtmäßigen Bedingungen in zu kleinen Fahrzeugen erfolgt sei und die Verstorbenen Schlagverletzungen aufgewiesen hätten.
16.7.2019	Generalstaatsanwalt Jusuf Rachmon erklärt bei einer Pressekonferenz über die Vorstellung Tadschikistans auf der Sitzung des UN-Komitees für Menschenrechte in Genf am 3.7.2019, dass der Geschäftsmann Said Saidow, der Rechtsanwalt Busurgmechr Jorow und das PIWT-Führungsmittglied Machmadali Chajit nicht aus politischen Gründen, sondern wegen schwerer Verbrechen verurteilt worden seien und daher auch nicht freigelassen werden könnten. Die Justiz Tadschikistans folge den Gesetzen des Landes und nicht Ratschlägen aus dem Ausland.
16.7.2019	Präsident Rachmon empfängt den südkoreanischen Premierminister Lee Nak-yeon zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit.
17.7.2019	In Isfara (Gebiet Sogd) endet ein weiteres Treffen der Regierungsarbeitsgruppen Tadschikistans und Kirgistans zu Delimitierung und Demarkation der gemeinsamen Staatsgrenze.

18.7.2019	Asia-Plus meldet, dass Vize-Premier Asim Ibrochim bei einem Treffen mit südkoreanischen Parlamentariern die Zusage erhalten habe, dass Südkorea trotz neuer Beschränkungen der Zahl ausländischer Arbeitskräfte, eine vertragliche Vereinbarung mit Tadschikistan unterzeichnen werde.
19.7.2019	In Jakutsk (Autonome Republik Sacha der RF) werden mehr als 20 tadschikische Arbeitsmigranten verhaftet, die sich regelmäßig in einem nicht genehmigten Gebetshaus versammelt hatten, in dem islamistische Positionen propagiert worden sein sollen.
19.7.2019	Russische Medien berichten, dass zwei tadschikische (und ein afghanischer) Arbeitsmigranten aus einem Abschiebelager in Gatschina (Gebiet Leningrad) ausgebrochen sind.

Turkmenistan

23.6.2019	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow trifft in Kasan, der Hauptstadt der russischen Republik Tatarstan, ein, um als Zuschauer an den dort stattfindenden Sabantui-Festspielen teilzunehmen.
24.6.2019	In Aschgabat finden bilaterale Konsultationen zwischen einer Delegation des Nationalen Sicherheitsberaters Afghanistans, Hamdullah Mohib, und Vertretern des Außenministeriums statt. Gesprächsthemen sind u. a. die Zusammenarbeit in Fragen des afghanischen Friedensprozesses und der Gaspipeline Turkmenistan–Afghanistan–Pakistan–Indien (TAPI).
25.6.2019	Mehrere Online-Medien berichten, dass die Stadtverwaltung der türkischen Stadt Osmaniye unter Einfluss des turkmenischen Geheimdienstes bereits im Januar 2019 die von Omrusak Umarkulijew gegründete Vereinigung für Solidarität und Unterstützung für turkmenische Studenten aufgelöst hat.
25.6.2019	Am Ende des regulären Treffens der gemeinsamen usbekisch-turkmenischen zwischenstaatlichen Kommission für die Delimitierung und Demarkation der gemeinsamen Grenze, das am 19.6.2019 in Turkmenabad (Gebiet Lebap) begann, wird ein Übereinkommen für die gemeinsame Durchführung von Felddemarkationsarbeiten an ausgewählten Grenzabschnitten unterzeichnet.
26.6.2019	Nach Angaben von Chronika Turkmenistana wird Lufthansa die Strecke Frankfurt–Aschgabat ab dem 26.10.2019 aufgrund von »technischen Problemen« einstellen.
27.6.2019	Bei einem Treffen zwischen dem turkmenischen Botschafter in den USA und Kanada, Meret Orasow, und dem Generalsekretär der Internationalen Zivilluftfahrtsorganisation (ICAO) der UN in Montreal, tritt Turkmenistan der Organisation offiziell bei.
27.6.2019	Präsident Berdymuchammedow empfängt den japanischen Minister für Wirtschaft, Handel und Industrie, Yoshihiko Isozaki, in Aschgabat für ein Gespräch über Stand und Perspektiven der bilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit.
28.6.2019	Human Rights Watch, die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte und die Turkmenische Initiative für Menschenrechte appellieren an die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), die Kreditvergabe für Projekte turkmenischer Behörden einzustellen.
28.6.2019	Unter Anteilnahme von Präsident Berdymuchammedow wird im Ort Ovadandepa (Gebiet Achal) eine der größten Erdgasraffinerien Zentralasiens eröffnet, die gleichzeitig die erste Raffinerie überhaupt ist, die natürliches Gas industriell zu Benzin synthetisieren kann.
1.7.2019	Bei einem gemeinsamen Treffen von Außenminister Raschid Meredow und örtlichen Vertretern verschiedener UN-Organisationen (u. a. UNICEF, WHO, UNDP, IOM, UNFPA, UNODC und Weltbank) in Aschgabat, wird eine Reihe von Übereinkommen und Absichtserklärungen über die weitere Zusammenarbeit unterzeichnet.
2.7.2019	Der turkmenische Dienst von RFE/RL berichtet, dass im Gebiet Daschogus Angestellte im öffentlichen Dienst unter der Androhung von Kündigungen von Vorgesetzten gezwungen werden, Gutscheine für Ferientaufenthalte im Ressort Awasa (Gebiet Balkan) zu kaufen.
3.7.2019	Der russische Konzern Gazprom und der turkmenische staatliche Gaskonzern Turkmengaz einigen sich auf eine jährliche Abnahme von turkmenischem Gas in Höhe von 5,5 Mrd. m ³ durch Gazprom bis 2024.
4.7.2019	Während der 66. Sitzung der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) in Genf wird Turkmenistan als 157. Mitglied in den Rat der Organisation aufgenommen.
5.7.2019	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL wird der Migrationsdienst ab sofort auch turkmenische Pässe für Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft ausgeben, die nach 2003 die russische Staatsbürgerschaft erhalten haben, obwohl die Verfassung von 2008 turkmenischen Staatsbürgern eine zweite Staatsbürgerschaft untersagt.

5.7.2019	Einen Tag vor ihrem Turkmenistanbesuch erinnern HRW und die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) EU-Außenbeauftragte Federicia Mogherini an die katastrophale Menschenrechtssituation in dem Land. HRW konstatiert, dass Turkmenistan weiterhin eines der repressivsten Regime der Welt ist, was nicht der Vision der neuen EU-Zentralasienstrategie entspreche. Die IGFM weist auf die Behinderung unabhängiger Journalisten und die staatliche Informationsblockade hin.
5.7.2019	Während einer Sonderkabinettsitzung rügt Präsident Berdymuchammedow die Regierung wegen schlechter Leistungen für die wirtschaftliche Entwicklung in der ersten Jahreshälfte 2019. Während der Sitzung werden der Bauminister, die Vizeminister mehrerer Ressorts und eine Reihe weiterer hochrangiger Beamter entlassen.
6.7.2019	Außenminister Meredow empfängt die EU-Außenbeauftragte Mogherini zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit, u. a. im Energiebereich. Abschließend wird ein Übereinkommen unterzeichnet, nachdem das EU-Verbindungsbüro in Aschgabat in eine offizielle EU-Repräsentanz umgewandelt werden soll.
7.7.2019	Auf Geheiß von Präsident Berdymuchammedow werden der Mindestlohn, Beamtgehälter, Renten, staatliche Sozialleistungen und Stipendien ab 1.1.2020 um 10 % erhöht.
8.7.2019	In Aschgabat kommt es zum zweiten Mal innerhalb von sechs Monaten zu Engpässen an Bargeldautomaten. So können derzeit maximal 100 Manat (ca. 28,6 US-Dollar) pro Transaktion abgehoben werden.
9.7.2019	Nach Angaben des russischen Außenministeriums besitzen derzeit 40.000 Personen die russisch-turkmenische Doppelstaatsbürgerschaft, während turkmenische Behörden die Zahl mit 9.000 angeben.
10.7.2019	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL sind die durchschnittlichen Lebensmittelpreise nach der Ankündigung einer Erhöhung von Löhnen und Renten innerhalb der letzten drei Tage um bis zu 400 % gestiegen.
19.7.2019	In Aschgabat tagt der GUS-Rat für Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich.

Usbekistan

22.6.2019	Bei einer Sitzung der Zwischenregierungskommission für usbekisch-kasachstanische bilaterale Zusammenarbeit unter Vorsitz von Premierminister Abdulla Aripow und dem Gouverneur des kasachstanischen Gebietes Turkestan, Umirsak Schukejew, wird u. a. ein Memorandum über den Bau einer Schnellzugstrecke zwischen Taschkent und dem kasachstanischen Turkestan unterzeichnet.
24.6.2019	Der Omubudsmann für Menschenrechte, Ulugbek Muchammadijew, erklärt in seinem Bericht über seinen Besuch der Strafkolonie, in der Gulnara Karimowa einsitzt, dass sie qualifizierte medizinische Versorgung erhalte und ihre Dankbarkeit gegenüber dem medizinischen Personal zum Ausdruck gebracht habe. Am Vortag war erstmals seit sechs Jahren auf Karimowas Instagram Account ein unter ihrem Namen geschriebener Post aufgetaucht, in dem sie sich bei ihren Unterstützern bedankt und sich bei dem usbekischen Volk entschuldigt.
24.6.2019	Der Pressedienst der Schweizer Generalstaatsanwaltschaft teilt mit, dass die Eidgenossenschaft Usbekistan die 130 Mio. Franken (133 Mio. US-Dollar), die im Rahmen der Untersuchungen wegen Korruption gegen Gulnara Karimowa konfisziert worden waren, auszahlt.
24.6.2019	Die Agentur für Information und Massenkommunikation hat nach Angaben des usbekischen Dienstes von RFE/RL der Redaktion der Zeitung Adabijot gasetasi (Literaturzeitung) verboten, die gegenwärtige Regierung sowie den verstorbenen ersten Präsidenten Islam Karimow zu kritisieren und den Namen des im Exil lebenden Oppositionellen Muchammed Salilh zu erwähnen.
24.6.2019	In Taschkent beginnt das 3. Treffen der Menschenrechtsinstitutionen Zentralasiens, bei dem eine engere Zusammenarbeit zum Schutz der Menschenrechte vereinbart wird.
25.6.2019	Mehrere usbekische Popstars drücken via Twitter ihr Mitgefühl für Gulnara Karimowa aus und wünschen ihr die baldige Freilassung und eine gute Gesundheit.
25.6.2019	In Turkmenabad geht ein einwöchiges Treffen der Usbekisch-turkmenischen Regierungskommission zur Delimitierung und Demarkation der gemeinsamen Staatsgrenze zuende.
26.6.2019	Präsident Schawkat Mirsijojew unterzeichnet das Gesetz »On Ratification of the Protocol to Convention 29 of the International Labor Organization on Forced Labor, 1930«, das jegliche Zwangsarbeit verbietet.
26.6.2019	Ein Gericht in Taschkent verurteilt den ehemaligen Generalstaatsanwalt Raschidschon Kadirow wegen Korruption, Bestechung, Finanzbetrug, Steuerhinterziehung, Behinderung der Justiz und Geldwäsche zu einer zehnjährigen Freiheitsstrafe. 12 im gleichen Verfahren Angeklagte werden zu bis zu 19-jährigen Freiheitsstrafen verurteilt.
26.6.2019	Anlässlich des internationalen Tages gegen Drogenmissbrauch verbrennen Mitarbeiter des Dienstes für staatliche Sicherheit (SGB) in Taschkent in Anwesenheit von Journalisten, Diplomaten und Vertretern internationaler Organisationen mehr als 1 t beschlagnahmte Narkotika, darunter 7,8 kg Heroin und 195,4 kg Opium.

28.6.2019	Im US Holocaust Memorial Museum (USHMM) in Washington wird nach Angaben des Außenministeriums eine dem Einsatz Usbekistans zur Rettung von Vertretern der jüdischen Gemeinde gewidmete Ecke eingerichtet.
1.7.2019	Premierminister Aripow sagt bei einem Treffen in Mazar-e-Sharif dem amtierenden afghanischen Regierungschef Abdullah Abdullah 45 Mio. US-Dollar für ein Hochspannungsprojekt in Afghanistan zu.
3.7.2019	General Motors (GM) Uzbekistan hat seinen Namen in UZAUTO Motors geändert. Nachdem die staatliche Gesellschaft Uzavtosanoat die Anteile von General Motors gekauft hatte, ist das Unternehmen jetzt ganz im Besitz des Staates.
3.7.2019	Der usbekische Dienst von RFE/RL berichtet, dass nach der Festnahme des bisherigen Generalstaatsanwalts Otabek Muradow im Juni 2019 weitere Mitarbeiter der Generalstaatsanwaltschaft entlassen, verhaftet und verhört wurden. Muradow befindet sich seit 28.6.2019 unter Hausarrest.
4.7.2019	Der Schweizer Anwalt Gulnara Karimowas, Grégoire Mangeat, teilt über Twitter mit, dass per Gerichtsbeschluss vom 1.7.2019 die angekündigte Rückgabe von 555 Mio. US-Dollar wegen der Gesundheitsprobleme der Tochter des ehemaligen Präsidenten aufgeschoben sei.
5.7.2019	Der Moskauer Kunsthistoriker Tigran Mkrttyschew wird nach Abschluss eines internationalen Bewerbungsverfahrens zum neuen Direktor des Sawizkij-Museums in Nukus (Autonome Republik Karakalpakstan) bestimmt.
7.7.2019	Außenminister Kamilow nimmt an 15. Außenministertreffen Zentralasien-EU in Bischkek teil, bei dem u. a. die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, die neue EU-Strategie für Zentralasien vorstellt. Am Vortag war Kamilow bereits mit seinem kirgisischen Amtskollegen Tschingis Aidarbekow zu einem Meinungsaustausch über Themen der bilateralen Kontakte zusammengetroffen.
8.7.2019	Fergana Agency meldet, dass bereits am 2.7.2019 Wladimir Kaloschin, Mitarbeiter der Zeitung des Verteidigungsministeriums Watanparwar (Patriot), ohne Angabe von Gründen verhaftet wurde. Später wird bekannt, dass er des Verrats von Staatsgeheimnissen bezichtigt wird.
9.7.2019	Mit einer Änderung der Strafprozessordnung erhalten Angehörige der Nationalgarde das Recht, Ermittlungen in Strafsachen durchzuführen.
9.7.2019	Erst jetzt wird gemeldet, dass durch Änderungen des Strafgesetzbuches Anfang des Monats die Übertretung gesetzlicher Regelungen zum Schutz persönlicher Daten mit hohen Geldstrafen (6.900 US-Dollar) bzw. Freiheitsentzug bis zu drei Jahren bestraft werden kann.
9.7.2019	Radio France Internationale berichtet, dass nach mehrmonatigen Verhandlungen Möglichkeiten und Wege gefunden wurden, wie Frankreich das aus dem Verkauf von drei Luxusimmobilien Gulnara Karimowas stammende Geld an Usbekistan übergeben kann. Die Tochter des ehemaligen Präsidenten soll die Immobilien in Paris und Saint Tropez mit Bestechungsgeldern von internationalen Telekommunikationsgesellschaften erworben haben.
10.7.2019	Der Sekretär der Nationalen Kommission für Angelegenheiten der UNESCO, Alischer Ikramow, wird ohne Angabe von Gründen entlassen. Es wird ein Zusammenhang mit den Resolutionen des UNESCO-Komitees über das Weltkulturerbe während seiner 43. Sitzung in der Vorwoche in Baku vermutet, wo es der usbekischen Delegation zwar gelungen war zu verhindern, dass Schachrisabs der Status als Weltkulturerbe aberkannt wurde, die Stadt aber, wie Buchara, wegen vieler baulicher Veränderungen weiterhin als gefährdet eingestuft wurde.
10.7.2019	Der usbekische Dienst von RFE/RL berichtet unter Berufung auf einen Offizier der ukrainischen Armee, dass am 3.7.2019 ein auf Seiten der Volksrepublik Donbass kämpfender usbekischer Staatsbürger ums Leben gekommen ist.
11.7.2019	Das Justizministerium teilt mit, dass Gulnara Karimowa vom 7.7.–10.7.2019 ihre Tochter Imam im Gefängnis empfangen konnte.
11.7.2019	Premierminister Aripow trifft in Moskau mit seinem Amtskollegen Dmitrij Medwedjew zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis zusammen. Aripow wird u. a. von Wirtschaftsminister Botir Chodschajew und dem Minister für Informationstechnologien und Kommunikation, Schuchrat Sadikow, begleitet.
11.7.2019	Die untere Kammer des Parlamentes billigt ein Gesetz, mit dem die Höchststrafe für die Zerstörung und Beschädigung von Kulturgütern um das Fünffache erhöht wird.
12.7.2019	Der Migrationsdienst Finnlands teilt mit, dass seit Jahresbeginn 2019 139 usbekische Arbeitsmigranten ausgewiesen wurden, die mit gefälschten Ausbildungszertifikaten eingereist waren.
12.7.2019	Der Vorstandsvorsitzende der staatlichen Gesellschaft Uzbekneftegaz, Bahodir Sidikow, macht erstmals öffentlich Angaben über die Gasförderung des Landes. Demnach werden jährlich 61 Mrd. m ³ gefördert, 40 Mrd. davon von Uzbekneftegaz.
13.7.2019	Per Erlass von Präsident Mirsijojew werden zum 1.8.2019 Gehälter und Renten um durchschnittlich 10 % erhöht.

13.7.2019	Sarador Umursakow, Minister für Investitionen und Außenhandel, trifft in Luxemburg mit dem Präsidenten der Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB), Jin Liqun, zu Gesprächen zusammen. Beide Seiten unterzeichnen Vereinbarungen über die Finanzierung von Infrastrukturprojekten im Gebiet Buchara im Wert von 600 Mio. US-Dollar.
15.7.2019	Während eines usbekisch-afghanischen Businessforums werden 25 Exportverträge und ein MoU im Wert von 68 Mio. US-Dollar unterzeichnet.
15.7.2019	Die EU stellt 5 Mio. Euro für die Finanzierung von Projekten des UN Human Security Trust Fund for the Aral Sea Region in Usbekistan zur Verfügung.
17.7.2019	Während seines mehrtägigen USA-Besuches trifft Außenminister Kamilow mit dem Nationalen Sicherheitsberater des US-Präsidenten für nationale Sicherheit, John Bolton, zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit und die Situation in Afghanistan zusammen.
17.7.2019	In Taschkent findet das erste Treffen der Gemeinsamen usbekisch-afghanischen Kommission für Handel und ökonomische Zusammenarbeit statt. Beide Seiten vereinbaren eine Intensivierung der Zusammenarbeit in den Bereichen Handel und Transit.
18.7.2019	Der usbekische Dienst von RFE/RL berichtet, dass der Fernsehkanal Z'orTV die Darbietungen zweier bekannter Künstler, des Sängers Dschachongir Posilschonow und der Komikerin Chalima Ibragimowa, nicht mehr überträgt, nachdem sich beide für die Freilassung Gulnara Karimowas ausgesprochen hatten.
18.7.2019	Aus der Führung des Kulturministeriums wird bekannt, dass die UNESCO seit 1995 große Summen für den Erhalt von Samarkand und Buchara gezahlt hat, ohne das bekannt sei, wo das Geld geblieben ist. Eine Untersuchungskommission wird eingerichtet.
19.7.2019	Der Schweizer Rechtsanwalt von Gulnara Karimowa, Gregoire Manguet, teilt über Twitter mit, dass es ihm nicht gelungen sei, die Tochter des ehemaligen Präsidenten im Gefängnis zu besuchen und äußert die Vermutung, dass sie ins Krankenhaus verlegt worden sei.
19.7.2019	Außenminister Kamilow erörtert in Washington mit dem Chef der U.S. Agency for International Development (USAID), Mark Green, Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Redaktion:

Dr. Beate Eschment (verantwortlich)
 Redaktionsassistent: Richard Schmidt
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow
 Prof. Dr. Martin Petrick, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Halle

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de



Kostenlose Länder-Analysen auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

